

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Beynagel-Verlag
Veranstaltet die Dresdener
Wochenschrift für die
gesamte Provinz (sonntags
einmal 2,00 M.,
sonst zweimalige
Ausgaben bis 1,50 M.).
Bei einmöglicher
Lieferung durch die Post
3 M. (sonntags 3,50 M.).
Die den Lesern von
Dresden u. Umgebung
am Tage vorher
gelieferten Abend-Ausgaben
enthalten die aus-
wärtigen Nachrichten mit
der Morgen-Ausgabe
zusammen gedruckt.
Nachdruck nur mit be-
sonderer Genehmigung
(Presb. Nr. 7) ge-
stattet. — Unentgeltliche
Anzeigen werden
nicht angenommen.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3401.

Thürmer Flügel u. Pianos sind von hervorragender Qualität und ausserst preiswert.
Verkaufs-Magazin:
Meissen, Marktstrasse 12.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstrasse 38/40.

Fächer
Auswahlreiche Neuheiten feiner, aparter
Kunststoffe
Oskar Lischke
Königsplatz 10, Dresden

Bon Jour mit Goldmundstück . . . 3 1/2 Pfg.
Kronprinz Wilhelm . . . 6 1/2 und 10 Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo - Brüssel - London E. C. - Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart.
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Grösste Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik.
Am See 16. Fernsprecher 1136.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Unmögliche Bitterung: Heiter, Nachtrost, trocken.
Kammerherr Graf v. Rex ist auf seinem Schloß Behlitz bei Pirna verstorben.
Der Rat der Stadt Dresden hat auf Anregung der Stadtverordneten dem Dresdener Komponisten Felix Draeseke einen jährlichen Ehrenlohn von 2000 M. ausgesetzt.
Die königliche Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler im Königreich Sachsen hat die sächsischen Museumsleiter für den 14. und 15. Oktober zu einer Zusammenkunft in Dresden eingeladen.
Die Generalversammlung des Evangelischen Bundes erhob Protest gegen die Anträge auf Abschwächung und Aufhebung des Reichs-Neutritts-Gesetzes.
Die beim preussischen Staatsministerium vom Präsidium der Dorfmündler Reinoldsdorfsgemeinde in Sachen Frau erhabene Beschwerde ist zurückgewiesen worden.
Das Wiener Kabinett erteilt seine Zustimmung zu den Vorschlägen der französischen Regierung, wonach sich die Mächte für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan erklären.
Die Pforte hat Reformen zur Verbesserung besserer Verhältnisse in den europäischen Provinzen der Türkei beschlossen.

Offizielle Schönfärberei.

Das halbamtliche Blatt in Berlin hat wieder einmal den Stein der Weisen gefunden. Mit herzlichster Genußnahme konstatiert es, daß Deutschland an der ganzen Balkanfrage nur „sehr indirekt“ interessiert sei, „nachdem“ (!) ernstliche Verhandlungen der Mächte darüber im Gange seien, den eventuellen Krieg zu lokalisieren. Der deutsche Staatsbürger kann sich nun geruht wieder die Apfelmühle über die Ohren ziehen und sich zum Winter schlaf anziehen, denn was geht es ihn an, wenn dahinter in der Türkei die Völker aneinander schlagen.
Also, wir sind abermals nur sehr indirekt interessiert, so meint wenigstens das offiziöse Regierungsorgan. Mit einer bewundernswerten Stetigkeit, die sonst nicht gerade ein Vorzug deutscher Auslandspolitik ist, lehrt diese Redewendung seit Bismarcks Abgang in der offiziellen Presse wieder. Wir waren nur sehr indirekt interessiert in Persien, das inzwischen auch von Rußland und England angezettelt worden ist, wir waren es lange Jahre in Marokko, und als man in Berlin auf einmal fand, daß wir doch interessiert seien, glaubte man uns in Paris einfach nicht. Ihr habt doch selber gesagt, so meinte wohlwollend Herr Cambon in Berlin, daß Frankreich vor allem an Marokko interessiert sei, und da wir das wirklich gesagt hatten, so mühten wir nachgeben und Marokko für französisches Interessengebiet erklären. Die besonderen Interessen Englands am Persischen Meerbusen, an dem die mit deutschem Kapital gebaute Bagdadbahn münden soll, sind von uns ebenfalls schriftlich und mündlich anerkannt worden, kurzum, es gibt keine politische Frage, an der wir nicht „nur sehr indirekt“ interessiert waren und noch sind. Jetzt hat man in Berlin nun gefunden, daß wir auch an der Balkanfrage nur sehr indirekt interessiert seien. Also, lieb Vaterland, mög' rubla sein.
Der Droht vermittelt uns die offiziellen Prestimmen der übrigen Mächte. In Paris, London, Petersburg, Wien und Rom haben die Offiziösen gesprochen. Aus allen diesen Erklärungen klingt der Ernst der Situation heraus, wenig auch der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß es gelingen möge, den Krieg zu verhindern oder wenigstens zu lokalisieren. Aber weder in Paris noch in London, wo man doch in derselben Lage ist wie in Berlin, ist ein Wort gefallen, das von einer nur indirekten Interessiertheit spricht. Vielmehr hat man dort offen erklärt, daß die Balkanfrage ein Lebensinteresse des Staates berühre. Deutschland ist also die einzige Großmacht, der die ganze Geschichte auf dem Balkan nichts angeht.
Die Uninteressiertheit Deutschlands nimmt allmählich drängende Formen an. Unser Handel mit dem Balkan hat bereits jetzt einen Wert von einer halben Milliarde jährlich. Ungezählte Millionen deutschen Kapitals sind dort angelegt worden, und da alle diese Gebiete wirtschaftliches Neuland sind, so ist eine gewaltige Steigerung unserer

Handelsziffer zu erwarten. Wirtschaftlich sind wir also auf dem Balkan in ganz hervorragender Weise interessiert. Aber auch politisch. Deutschland ist vor einer Kette feindlicher Mächte eingeschlossen, nur nach Österreich-Ungarn hin ist eine Lücke offen. Das Bündnis beider Mächte ist eine Notwendigkeit, die letzten Endes wirtschaftliche Gründe hat. Gelingt es den Balkanstaaten, die europäische Türkei unter sich aufzuteilen, so ist es den deutschfeindlichen Mächten ein Leichtes, die Kette auch um die Donaumonarchie zu legen, so daß die Einkesselung der beiden Kaiserreiche vollendet wäre. Denn daß die Balkanstaaten nur Trovanden Anklänge sind, darüber besteht kein Zweifel. Der politischen Einschütrung könnte und würde die wirtschaftliche folgen. Vielleicht hofft man, auf diese Weise das in seiner Existenz bedrohte Österreich von Deutschland wegzuziehen zu können. Die Kette würde dann nur um so enger Deutschland einschließen. Wir haben also allen Grund, Österreichs Balkanpolitik zu unterstützen. Wenn hier und da der Anstich Ausdruck gegeben wird, Deutschland dürfe Österreichs Orientpolitik nicht zu der seinen machen, so ist das ein gefährlicher Irrtum. Nicht um der schönen Wiener Augen willen müssen wir Österreich beiseite, sondern unserer eigenen Interessen wegen. Politik ist keine Weisheitslehre, trotz Bülow's schön klingendem Wort von der deutschen Aderlungentzue.

Wahrlich, wir haben das allergrößte Interesse an der Balkanfrage, es stehen ungeheure materielle und ideelle Werte für uns auf dem Spiele. Das sollte man auch in Berlin wissen und danach handeln, anstatt der öffentlichen Meinung Sand in die Augen zu streuen. Ganz abgesehen von allen diesen Erwägungen aber, woher weiß man denn in Berlin, daß nun alle Gefahr für Deutschland vorüber ist, „nachdem“ die Mächte in Verhandlungen getreten sind? Nehmen wir wirklich einmal an, Rußland und Österreich einigten sich dahin, in keiner Weise auf dem Balkan eingreifen zu wollen. Was wäre damit gewonnen? Nichts als etwas Zeit. Kommt es zum Kriege, so sind nur zwei Fälle möglich: entweder die Türken siegen oder die Balkanstaaten. Im ersteren Fall wird Rußland auf seinen Fall angeben, daß seine Schützlinge territoriale Verluste erleiden. Man wird den Türken in den Arm fallen, während Österreich die Pforte unterstützen wird, der Konflikt ist also da. Stehen aber die Balkanstaaten, so wird Österreich einfach gezwungen sein, gewisse Gebiete der Türkei zu besetzen, es würde in einen Gegenfall treten zu Serbien und Montenegro, der möglicherweise zu Zusammenstößen führen würde, und der Konflikt mit Rußland wäre erreicht da. Die Situation ist also so gefährlich wie nur denkbar. Selbst wenn es gelingen sollte, den drohenden Krieg zu verhindern, so ist noch Konfliktstoff die Hülle und Fülle vorhanden. Die europäische Konferenz, die in diesem Falle die Balkanfrage zu lösen hätte, könnte die schwersten Schwierigkeiten bringen. Zum Optimismus liegt also vorläufig wahrhaftig kein Grund vor.

Unsere Offiziösen aber haben den Mut, aus schwarz weiß zu machen und dem deutschen Volke zu erzählen, daß es an der Balkanfrage nur sehr indirekt interessiert sei. Wie kann eine Großmacht sich vor aller Welt ein derartiges Armutszeugnis geben! Ein Reich wie das unsere, die zweitgrößte Handelsmacht der Welt, die erste Militärmacht, ist uninteressiert, wenn es sich um das Schicksal des Landes handelt, an dessen Zukunft wir in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht den allergrößten Anteil nehmen müssen. Der Dritte kennt keine Frage der Welt, die ihn nur sehr indirekt etwas angeht, der Franzose und Russe desgleichen, und selbst der Italiener treibt heute Weltpolitik. Die deutsche Regierung aber läßt es öffentlich auf dem Markt ausruhen, daß wir keine Weltmacht sein wollen, und wundert sich dann, wenn es nur so Ohrfeigen regnet, falls wir plötzlich noch irgendwelche Interessen entdecken. Der Reiz vor dem Deutschen Reiche ist auf den Kalkpunkt gekommen, und davon hat lediglich die Regierung und ihre Presse schuld. Statt eine würdige, feste Sprache zu führen, hinter der der Wille zur Macht steht, kreut man Verhandlungspulverschne aus und kriecht ins Manichloch, bevor die Sache überhaupt losgeht. Das deutsche Volk hat noch jeder Gefahr klar ins Auge gesehen, es hat sich im Ernstfalle noch nie feige und unwürdig benommen, es kann wohl verlangen, daß seine Offiziösen ihm klaren Wein eintrinken und die Einkesselungsversuche unterlassen. Es liegt das im eigensten Interesse unseres offiziellen Apparat, der zurzeit in keinem Lande so niedrig eingeschätzt wird wie im Deutschen Reiche.

Die Kriegsgelahr auf dem Balkan.

In Berlin herrscht Optimismus, wie aus folgender Meldung hervorgeht: Die inzwischen erfolgte Verständigung der Großmächte untereinander über eine gemeinsame Friedensformel und die Tatsache, daß Österreich-Ungarn und Rußland als die am meisten interessierten Mächte dazu ansetzen und bereit sind, Mandatare dieser Aktion zu sein, verhalten die Aufmerksamkeit an eine Abmilderung der Balkanwirren ohne schwere Krise. Einseitige Kreise berichten, daß an einen Beginn der offenen Feindschaften aus inneren Gründen vor Ablauf dieser Woche nicht gedacht werden kann, und daß der europäischen Diplomatie somit noch eine geraume Spanne Zeit zur Verfügung steht, um ihre Vermittlungsfunktion nach allen Seiten spielen zu lassen. Diese Tätigkeit der fremden Mächte wird sich in zweierlei Richtung bewegen: einmal werden Österreich und Rußland im Rahmen der Großmächte in den Hauptstädten der balkanischen Balkanstaaten die in letzter Stunde vereinbarten friedlichen Vorkehrungen erheben, und zwar bereits in den oberwähnten Tagen, dann sind die Großmächte auch über-eingekommen, einen gleichen Kollektivschritt in Konstantinopel zu unternehmen. Auf die Uneinigkeit der Großmächte untereinander werden die Balkanpolitiker in Istanbul nicht mehr spekulieren dürfen, und dem Krieg wird, wenn er dennoch ausbrechen sollte, Europa mit ver-schränkten Armen zuzusehen.

Österreich und der Sandhaß.
Weniger optimistisch ist man jetzt in Paris. Dort erhält sich die Meinung, daß Österreich die jetzt weltweite Besetzung von Kowibazar durch österreichische Truppen im Einvernehmen mit den Großmächten durchzuführen willens wäre, falls gewisse Anzeichen auf Verwirklichung des serbisch-montenegrinischen Befehlungsplans deuteten. Nur unter der Bedingung, sich die Freiheit zur Wahrung seiner vitalen Interessen zu wahren, will Österreich im Friedenskonkurrenz der Großmächte verbleiben.

Diese Ansicht wird durch folgende Wiener Meldung bestätigt: Trotz endlich erfolgter Einigung der Großmächte und trotz der Reformbereitschaft der Türkei besteht die Gefahr fort, daß die Kriegsgelährlichkeiten auf dem Balkan bereits zu weit gediehen sind, um noch einzudämmen zu werden. Man befürchtet, daß die Balkanstaaten das Präventiv spielen und losbrechen werden, bevor die Friedenskonkurrenz der Großmächte noch einsetzt hat.

Die deutschfreundlichen Franzosen.
Der sehr sehr wenig deutschfreundliche „Matin“ schreibt über den gegenwärtigen Stand der europäischen Verhandlungen über das Balkanproblem: Die europäische Verständigung, mit der eine Verständigung sofort erzielt wurde und mit der die Pariser Regierung einen unmittelbaren und klaren Meinungsaustrausch bewerkstelligen konnte, ist die Berliner Regierung. Die Herren Poincaré und u. Aiderlen-Wächter, die seit langem die große Gefahr ahnten, die ganz Europa bedroht, waren zugleich eines Sinnes und konnten so in nächster Reihe bei ihren Verhandlungen vorstellig werden. Das „Echo de Paris“, das sehr englandfreundlich ist, bemerkt seinerseits, indem es die in Betracht kommenden Mächte und ihre Haltung zu dem Poincaré-Diplomatischen Vorhänge Mevne zusammenfaßt: Deutschland hat vom ersten Tage an die französische Forderung der Rote gebilligt und versprochen, sie in Wien zu unterstützen. Dieses Versprechen Herrn v. Aiderlens ist in lokaler Weise gehalten worden. Da Frankreich die von Österreich verlangten Forderungen angenommen hat, so hat Deutschland natürlich seine Zustimmung zu dieser anderen Formel ebenfalls erteilt. Nicht ganz so zufrieden ist man in Paris mit der zögernden Haltung Englands.

Der türkische Ministerrat
beschloß, nötigenfalls alle ottomanischen Untertanen vom 20. bis 15. Jahre unter die Waffen zu rufen. Von der griechischen Grenze wird ein kleiner Zwischenfall gemeldet. Die Griechen wurden zurückgeschlagen.

Die auf Sonntag verordnete Zeremonie wurde abermals vertagt werden, da sich nur acht Zehn-tausend eingeschunden hatten. Abends verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, der Arica sei vermieden. Die Unionisten veranfaßten darauf sofort eine Demonstration für den Krieg.

Stafonow in Berlin.
Der russische Minister Stafonow ist nach seiner Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré am Montag nachmittags mit dem dortigen Expresszug aus Paris abgereist und wird heute, Dienstag, 7 Uhr 20 Min. früh auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintreffen.

Die neuen Drahtverbindungen lauten:
Der ungarische Ministerrot und die Krise.
Budapest. (Priv. Tel.) Der heute vormittags halbehabte Ministerrot besaß sich mit der ankereu politischen Lage und den dadurch gegebenenfalls notwendig werdenden Maßnahmen. Nach dem Ministerrotzeit der Ministerpräsident nach Wien ab. Die langweilige Zauer des Ministerrot hatte Gerüchte zur Folge, wonach